



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,50 Reichsmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3spaltige Petitzeile 1/- Reichsmark Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 Reichsmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

Gute Geschäfte - schlechte Löhne.

Die Unternehmer haben ihr Glend mit den Arbeitern. Zuerst ist diese Gesellschaft, die Arbeiter natürlich, nie zufriedenzustellen und dann gibt es noch Zeitgenossen, die, obwohl sie es nicht nötig haben, oft die Partei der Arbeiter, der ewig Unzufriedenen, ergreifen. Der amerikanische Staatssekretär Davis, der den Ausspruch getan hat, „niedrige Löhne sind Diebstahl an der Allgemeinheit“, kann sich diesen Scherz in Amerika erlauben. Deutsche Unternehmer werden sich durch solche Auslassungen nicht irritieren lassen. Seine Worte, „die Zeiten sind vorbei, da irgendein Unternehmer als tüchtig oder schlau betraachtet wurde, der die Lohnsätze zu drücken versuchte“, haben auch nur Geltung für Amerika. In den Augen deutscher Unternehmer gilt der als der Klügste und genialste, der bei seinen Arbeitern die längste Arbeitszeit und die schlechtesten Lohnsätze durchsetzen kann. Er wird von ihnen als Retter der Wirtschaft gepriesen, und ihm nachzueifern ist vaterländische Pflicht. Ein deutscher Unternehmer, der bekanntlich von wirtschaftlichen Dingen mehr versteht, als alle Arbeiter zusammen, wird nie auf den Gedanken kommen, daß mit einer schlechtbezahlten und daher arbeitsunlustigen Arbeiterschaft die heimische Wirtschaft bald zum Erliegen kommen muß, auch wenn er mit seinem Betrieb zurzeit noch gute Geschäfte macht. Neulich sahen wir in einem Gewerkschaftsblatt einen guten Scherz bildlich dargestellt, der eine bittere Wahrheit enthält. Die Fleischer raten ihren Gesellen, die um einen auskömmlichen Lohn ersuchen, sich doch in der Kleidung mehr einzuschränken, die Schneidermeister aber verlangen von ihren Arbeitern, bei Fleisch und Wurst zu sparen, dann werden sie mit ihren Bezügen auskommen, und nachher wundern sich die Unternehmer beider Gewerbe, daß ihre Betriebe immer schlechter gehen. Es fällt ihnen nicht ein, daß sie selbst an der schlechten Geschäftslage schuld sind, die Arbeiter haben eben nur getan oder mußten tun, wozu die piffigen Unternehmer sie gezwungen hatten.

Auch im graphischen Gewerbe sind die Unternehmer nicht klüger. Das Geschäft in den Druckereien kann noch so gut gehen, die Arbeiter werden keinen Anteil daran haben. Die letzte abgelehnte Lohnforderung hat das bewiesen. Zwar wurden von den Unternehmern des Buchdruckgewerbes keine „guten“ Raufschläge gegeben, sie lehnten einfach eine Erhöhung der Löhne ab, weil der Lohnsatz noch Geltung hatte. Sie waren im Recht, niemand konnte ihnen etwas anhaben. Daß sie sehr gut beschäftigt und die Reallohne der Buchdruckereiarbeiter stark gesunken waren, berührte sie bei der Ablehnung wenig. Beides bestritten sie, um vor der Öffentlichkeit gerechtfertigt zu sein. An die wirtschaftlichen Folgen denken sie nicht.

So denken aber nicht etwa nur die Unternehmer im Buchdruckgewerbe. Die Inhaber anderer graphischer Kunstanstalten denken und handeln genau so. Im Steindruckgewerbe wird nur geflagt. Diesen Unternehmern geht es so dreckig, daß sie sich selbst bei Ablauf der Lohnsätze auf nichts einlassen wollen. Ein grenzenloser Sammer hebt an, wenn die Hilfsarbeiter mit Forderungen kommen und eine Bürgerei - anders kann man die Verhandlungen dort nicht nennen - geht los, wenn ein paar Mark mehr bezahlt werden sollen, daß einem ganz übel dabei werden kann. Im Steindruckgewerbe beweisen mehr als sonstwo die juristischen Beiräte der Unternehmer ihre Daseinsberechtigung und Unzerflichkeit, da wird jeder verbogene Schraubenschlüssel und zerbeulte Farbentopf juristisch durchgenommen. Eine Plagerei ohnegleichen sind Verhandlungen und Bepflegungen mit diesen Herren. Wir können den Unternehmern im Steindruckgewerbe die Versicherung geben, daß sich ihre Rechtsberater das Geld reichlich verdienen.

Das Gejammer der Steindruckereibesitzer um fehlenden Absatz ist genau so zu bewerten wie das anderer Unternehmer. Es geht ihnen gut, kann allerdings auch anders sein, wenn sie z. B. ihr Geschäft nicht verstehen. Doch dann geht es dem Arbeiter noch viel dreckiger. Uns könnte es allerdings gleichgültig sein, wie die Betriebe stehen, wir Arbeiter haben

keinen Vorteil davon, auch bei bestem Geschäftsgang. Hat sich einer unserer Kollegen schon einmal darüber Gedanken gemacht, was z. B. die Spielartenfabriken verdienen und wie die Arbeiter dort gestellt sind? Die Herstellung der Spielarten beschäftigt eine ganz ansehnliche Industrie. Sie ist monopolisiert in den Vereinigten Straßunder Spielartenfabriken A.-G. Wenn drei oder vier Kollegen zu Hause um die Achte- oder Zehntelpennige Stat kloppen, ahnen sie jedenfalls nicht, wer noch unsichtbar mitspielt und ganz erkleckliche Gewinne einheimt. Zuerst einmal - um den Kleinen vorweg zu nehmen - Vater Staat, der für jedes Kartenspiel 30 Pf. als Steuer erhebt, und dann die „Vereinigten Straßunder“, bei denen Verdienen sehr groß geschrieben wird. In elf Monaten, vom Januar bis November 1927, hat das Reich rund 2,3 Millionen Mark an Spielartensteuer eingenommen. Danach sind also in dieser Zeit 7 1/2 Millionen Spiele abgelegt worden, die fast ausschließlich die „Vereinigten Straßunder“ hergestellt haben. Ihr Verdienst ist auch dementsprechend. Die Aktien dieser Gesellschaft werden an der Börse gehandelt und sind in Berlin mit die am höchsten bewerteten Papiere. Anfang Januar stand ihr Kurs auf 276 Proz. Das Geschäftsjahr 1926/27 war über alles Erwarteten gut. Bei einem Aktienkapital von 1,4 Millionen Mark ist ein Reingewinn von 264 000 M. erzielt worden. Die Aktionäre sollen 15 Proz. Dividende erhalten gegen nur 12 Proz. im Vorjahr. Dabei sind an die Gesellschaft starke finanzielle Anforderungen gestellt worden, die bekannte Spielartenfabrik C. L. Wüst, Frankfurt a. M., wurde dem Unternehmen angegliedert, in Altenburg wurde ein neues Werk ausgebaut, beträchtliche Bankguthaben und Kassenbestände sind vorhanden (930 000 M.), denen nur verhältnismäßig geringe Verpflichtungen (355 000 M.) gegenüberstehen. Die Beschäftigung des Unternehmens ist auch für die nächste Zeit sichergestellt. Man erkennt, alles in allem, ein gutes Geschäft.

Und nun frage einer von unseren Freunden am Karientisch, was die Arbeiter bei den „Vereinigten Straßunder“ verdienen. Man sollte annehmen, bei diesem guten Geschäft müßte doch auch etwas für sie abfallen. Aber geh doch, lieber Statbruder, du bist gewaltig im Irrtum. Die Gesellschaft bezahlt nicht nur ihre Arbeiter, die ihr zu einem enormen Ueber-schuß verhelfen, ganz miserabel, sie tut noch ein übriges und hat vor einiger Zeit 70 Arbeiter in Straßund entlassen, von wegen des schlechten Geschäftsganges. Das ist die Belohnung oder die Dividende, die der Kollege und die Kollegin erhält. Wer will es uns nun übernehmen, wenn uns der gute oder schlechte Geschäftsgang bei den Unternehmern ziemlich gleichgültig ist. Die volkswirtschaftliche Bedeutung dieser Betriebe und anderer hat keinen Sinn mehr für uns, sie hat nur Wert für eine Handvoll Aktionäre und deren Leidensgenossen. Zuletzt sei noch eine Frage erlaubt, wie lange werden die Arbeiter solcher wirtschaftlichen Entwicklung untätig zusehen, wann wird es ihnen dämmern, daß solchen Kapitalmächten eine andere, nämlich die Macht der Gewerkschaften entgegengestellt werden muß.

Zustände

und wie man sie bessert.

Man sollte es kaum für möglich halten, daß es immer noch Betriebe in Berlin gibt, in denen wahrhaft mittelalterliche Zustände herrschen. Es handelt sich hier um eine Kassenblockfabrik im Zentrum der Stadt. Betritt man den Betrieb, so fühlt man sich unwillkürlich in die Zeit des seligen Gutenberg zurückversetzt. Die mangelhaften maschinellen Anlagen des näheren zu erörtern, dürfte hier zu weit führen. Die sogenannte Kaffeefläche grenzt dicht an die nur durch eine Tür getrennte Damen-toilette. Ein Spiegnapf ist nicht vorhanden. Mit dem Personal wird ganz nach Willkür umgesprungen. Ist einer nicht so, wie man sich ihn gedacht hat, vielleicht zu teuer geworden, die Leistungen können dessen ungeachtet ganz gute sein, wird er eben herausgegraut oder einfach an die Luft gesetzt.

Wie weit die Willkür reicht, beweist ein Vorfall, der zwar einige Wochen zurückliegt, aber noch in guter Erinnerung ist. Er läßt klipp und klar erkennen, was sich die Herren alles erlauben, denen die bis aufs Mark ausgepowerten Arbeiterinnen und Arbeiter angenehme, sorgenfreie Tage verschaffen. Eine Kollegin erlaubte sich eine schüchterne Anfrage um Zulage. „Ja! - mein liebes Kind, das geht nicht so, wie Sie sich das denken; außerdem sind sie noch nicht lange genug hier (1/2 Jahr).“ Darauf die wiederum schüchterne Anspielung, daß eine andere Kollegin mehr Lohn bekomme und noch kürzere Zeit, also nicht einmal solange beschäftigt wäre als die Antragstellerin. „Ja! - sehen Sie mal, Ihre Kollegin war schon einmal bei uns beschäftigt und außerdem auch früher einmal eine Längerin.“ - Au!

Dort war bis dato, was ja greifbar nahe liegt, keine Seele organisiert. Ein kräftiger junger Mensch aber, der bald merkte, daß seine Kollegen und Kolleginnen nur Spielball der Launen ihrer Vorgesetzten waren, sah, daß es höchste Zeit war, die dort bestehenden Zustände zu ändern. Er veranlaßte eine Betriebsversammlung, die soll besucht war, und einen Betriebsrat von fünf Mitgliedern aus der Taufe hob.

Bis auf einige Schwarzseher ist der ganze Betrieb organisiert. Die Kolleginnen und Kollegen haben den Beweis, daß alles geht, wenn man es nur richtig anpackt. So mancher von den Lesern wird sicherlich in ähnlichem Bruchbetrieb arbeiten. Es gibt noch viel Arbeit allerorten. Lassen wir uns nicht durch eitle Versprechen blenden, von denen kein Mensch leben kann. Augen auf! macht es so wie diese!

-r.

Die Op'er der Maschinen.

Radikalerer Aufsatz, den wir der amerikanischen Zeitschrift „New Republic“ (Neue Republik) entnehmen, zeigt, daß die Freilegung von Arbeitskräften durch die arbeitssparende Maschine in den Vereinigten Staaten eine erste Frage geworden ist, welche die öffentliche Meinung und die Gewerkschaften lebhaft beschäftigen.

Eine der großen Elektrizitätsgesellschaften erregte kürzlich großes Aufsehen durch die Ankündigung eines „mechanischen Menschen“, der auf die Einwirkung verschiedener Töne hin imstande sein sollte, auf einen telephonischen Anruf zu antworten, eine Auskunft zu geben oder einen Befehl auszuführen und den Hörer wieder aufzuhängen. Dieser Automat hat dem Nachdenken über die Beziehung des Menschen zur Maschine neuen Stoff gegeben. Jede neue Maschine ist eigentlich ein „mechanischer Mensch“, und täglich werden viele solche mechanischen Menschen in die Produktion eingeführt, die eine große Zahl von Arbeitern von Fleisch und Blut zu ersetzen vermögen.

Die natürliche Reaktion der Arbeiterschaft auf derartige Neuerungen ist feindlicher Art. Als feinerzeit in der Textilindustrie die ersten mechanischen Webstühle eingeführt wurden, rebellierte die Weber und zerstörten sie. Die Arbeitslosigkeit nahm einen großen Umfang an, Hunger und Elend frohen über die Schwellen der Arbeiterhäuser. Seit jener Zeit sind mechanische Erfindungen und Verbesserungen zu täglichen Erscheinungen geworden. Die Nationalökonomien haben die Arbeiterschaft darüber belehrt, daß es kurzichtig sei, sich feindlich gegenüber Einrichtungen zu verhalten, die durch Steigerung der Produktivität letzten Endes die Erhöhung des allgemeinen Wohlstandes herbeiführen imstande sind. Die Gewerkschaften selbst haben durch bittere Erfahrungen die Fruchtlosigkeit von Versuchen, sich neuen Erfindungen entgegenzustemmen, einsehen gelernt. Die organisierte Arbeiterschaft hat sich allmählich zu einer wohlwollenden Haltung, ja sogar zur Ermütigung der Produktivitätssteigerung befehrt. Und dennoch besteht die alte Einstellung unter der Oberfläche fort und das alte Problem erhebt sich immer von neuem. Hunderte gelernter und ungelerner Arbeiter sehen sich heute der Beraubung ihrer Existenzmöglichkeit durch die Maschine gegenüber. Wie günstig auch die Wirkungen der Maschinenisierung auf längere Sicht gesehen sein mögen, zunächst verdrängt sie fast immer Arbeiter aus ihren Stellungen, wenigstens für Zeiten

von genügend langer Dauer, um großes Elend herbeizuführen.

Sehen wir uns im gegenwärtigen Zeitpunkt vor dieses Problem gestellt? Der vom Federal Reserve Board veröffentlichte Index des Beschäftigungsgrades in der Industrie weist für die letzten Jahre hoher und steigender Produktivität eine ständige Tendenz zur Verringerung der Beschäftigtenzahl auf. Diese Tendenz zeigte sich bereits, bevor sich noch ein Rückgang in dem Produktionsumfang selbst bemerkbar machte. Der dadurch — trotz geringer Lohnsteigerung der Weiterbeschäftigten — hervorgerufene Kaufkraftrückgang bei den Industriearbeitern mag mit einem Grund für das neuerliche Abflauen des Geschäftsganges bilden. Jetzt, wo die Produktion nachläßt, ist ein weiterer Rückgang des Beschäftigungsgrades die Folge, was sich bekanntlich immer weiter verpflanzt. Gegenwärtig beschäftigt die Industrie um etwa 10 Proz. weniger Arbeiter als im Jahre 1919.

Was ist aber aus den Arbeitern geworden, die aus den Lohnlisten der Fabriken gestrichen wurden? Man hat die Meinung geäußert, daß dies wohl zu einem großen Teil alte Leute, Frauen und Kinder gewesen seien, die jetzt von arbeitsfähigeren Mitgliedern der Familie, die weiter in Arbeit stehen, erhalten würden. Wenn dem so ist, so ist der Lebensstandard der Lohnempfänger in den letzten Monaten als Ganzes gefallen, da sich sowohl die gesamte Lohnsumme als auch die Zahl der Beschäftigten verringert hat. Einer anderen Theorie zufolge sollen die freigesetzten Arbeiter in andere Beschäftigungsweize abströmen. Aber in welche strömen sie ab? Jedenfalls nicht zu den Eisenbahnen oder in die Bergwerke, da der Beschäftigungsgrad dort ebenfalls zurückgegangen ist. Auch nicht aufs Land, da, wie wir alle wissen, die Landbevölkerung sich gleichfalls vermindert hat. Das Baugewerbe, das noch zu einem großen Teil gelernte Arbeitsträfte beschäftigt, kann auch nicht viele von den Freigesetzten aufnehmen haben, und man kann auch kaum ernsthaft die Meinung vertreten, daß sie als Handelsangestellte Beschäftigung gefunden hätten. Vielmehr deuten Berichte aus verschiedenen Quellen darauf hin, daß ein großes und ständig wachsendes Heer dauernd Beschäftigungsloser vorhanden ist.

Wichtige und sorgeschrittene Gemerkschaften, die in ihren Industrien ein großes Maß von Kontrolle ausüben, haben dem Problem der Maschine ernsthaft ins Auge gefaßt und gezeigt, wie es auf vernünftige Weise gelöst werden könnte. Sie wollen die Einführung neuer Maschinentypen zulassen — mit gewissen Einschränkungen zum Schutz der Arbeitenden, die zugleich der ganzen Wirtschaft zugute kommen. Wenn eine neue Maschine eingestellt wird, soll der Lohn des Arbeiters, der sie bedient, nicht verringert werden, und in dem Maße, wie die Produktivität und Rentabilität der Industrie wächst, sollen die Arbeiter durch Lohnhöhungen an diesem Wachstum teilnehmen. Die Folge ist die Aufrechterhaltung der Kaufkraft der Arbeiter und die Weiterbeschäftigung der gesamten Wirtschaft. Die Einstellung der neuen Maschinen darf nicht so schnell erfolgen, daß dadurch eine Arbeitslosigkeit größeren Umfangs hervorgerufen würde. Man erwartet vielmehr, daß die natürliche Ausweitung der Industrie, angeregt durch die von den neuen Maschinen herbeigeführte Produktivitätssteigerung, für die Unterbringung der freigesetzten Arbeiter sorgen wird, noch bevor es zu einer Zunahme der Zahl der Arbeitslosen kommt. Dazu sind gut geleitete Arbeitsnachweise nötig, die Stellen für freigesetzte Arbeiter und Arbeiter für freie Stellen ausfindig machen.

Im allgemeinen verfügt die Arbeiterschaft aber nicht über einen solchen Schutz. Vielmehr haben sich

die Unternehmer überall aufs heftigste allen Vorschlägen in dieser Richtung widersetzt. Das ist ein Klagepunkt erster Ordnung, welchen die Arbeiterschaft mit Recht gegen die gegenwärtige Wirtschaftsordnung der Vereinigten Staaten vorbringen kann. Die Lobredner des amerikanischen Kapitalismus übertreiben in geradezu unanständiger Weise, wenn sie von unserem allgemeinen Wohlstand und seiner Begründung in der produktiven Konkurrenz und der guten Behandlung der Lohnempfänger sprechen. Aber sie haben bisher nicht das geringste Anzeichen dafür gegeben, daß sie sich der Verantwortung für ihr Teil bewußt sind. Es ist leicht, die Mitarbeit der Arbeiterschaft an der Steigerung der Produktion zu fordern und anzunehmen — denn erhöhte Produktivität steigert die Profite rascher und sicherer als die Löhne. Aber weil die Schaffung öffentlicher Arbeitsnachweise einen wesentlichen Rückhalt für die Arbeiterschaft bedeuten würde, wollen die Unternehmer — mit wenigen und bemerkenswerten Ausnahmen — davon nichts hören. In irgendeinem Zeitpunkt werden wir uns vielleicht wieder einer neuen Krise der Arbeitslosigkeit gegenübersehen, die unweigerlich von einer „Leberproduktion“ begleitet sein wird. Was werden dann die Wirtschaftsführer der Arbeiterschaft antworten, wenn diese sie fragen wird: „Wir haben euch geholfen, mehr und immer mehr zu produzieren, wir haben euch keine Hindernisse in den Weg gelegt, und doch habt ihr nichts getan, um dem durch die Mehrproduktion verursachten Elend der Beschäftigungslosigkeit vorzubeugen und es zu erleichtern. Was wird das Ende der Zusammenarbeit der Arbeiterschaft mit dem Kapital sein, wenn dieses verfaumen wird, als Entgelt dafür seinerseits die Zusammenarbeit auf diese für die Arbeiterschaft lebenswichtige Frage auszudehnen?“

Unzulängliche Sentung der Lohnsteuer.

Das Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes, das der Reichstag in seiner letzten Sitzung vor den Weihnachtsferien beschlossen hat, enthält über die Ermäßigung der Lohnsteuer folgende Vorschriften:

1. An der bisherigen Steuerberechnung ist nichts geändert worden, der Steuerbetrag wird aber um 15 Proz., höchstens jedoch um 2 Mk. monatlich, 0,50 Mk. wöchentlich ufm. ermäßigt. Diese Ermäßigung erstreckt sich auf alle Steuerpflichtigen mit zwei Ausnahmen; sie wird nicht angewendet: a) auf einmalige Einnahmen, die neben dem laufenden Lohn und Gehalt gezahlt werden (wie z. B. Gratifikationen), b) auf unfähige Arbeiter, die wie bisher 2 bzw. 1 Proz. ihres Arbeitslohns ohne Berücksichtigung von steuerfreien Beträgen und von Familienermäßigungen zu entrichten haben. Wie der Lohnabzug in Zukunft zu berechnen ist, zeigen folgende Beispiele:

a) Ein verheirateter Arbeitnehmer mit zwei Kindern hat einen Wochenlohn von 49,80 Mk. Es sind die festen Familienermäßigungen anzuwenden, so daß 33,60 Mk. steuerfrei bleiben. 49,80 Mk. minus 33,60 Mk. = 16,20 Mk., davon 10 Proz. gleich 1,62 Mk., abgerundet 1,60 Mk. Hiervon beträgt die Ermäßigung 15 Proz. = 0,24 Mk., so daß als Steuer zu entrichten sind: 1,60 Mk. — 0,24 Mk. gleich 1,36 Mk., abgerundet 1,35 Mk.

b) Ein verheirateter Arbeitnehmer mit drei minderjährigen Kindern verdient wöchentlich 84,30 Mk. Da er unter die prozentualen Familienermäßigungen fällt, gestaltet sich die Berechnung wie folgt: 84,30 Mk. — 24 Mk. = 60,30 Mk., davon 6 Proz. = 3,61 Mk., abgerundet 3,60 Mk. Die

15 Proz. Ermäßigung hiervon würde 0,54 Mk. betragen, so daß nur der Höchstbetrag von 0,50 Mk. abgezogen ist. Die Steuer beträgt also 3,60 Mk. minus 0,50 Mk. = 3,10 Mk.

2. Das Gesetz erhöht die Grenze für die Nichterhebung von Kleinbeträgen. Während bisher die Lohnsteuer nicht einbehalten wurde, wenn der Betrag wöchentlich nicht über 0,20 Mk. und monatlich nicht über 0,80 Mk. hinausging, bleibt sie in Zukunft unerboben, wenn sie 0,25 Mk. wöchentlich oder 1 Mk. monatlich nicht übersteigt. Beispiel: Ein verheirateter Arbeitnehmer mit zwei minderjährigen Kindern verdient 37 Mk. wöchentlich. Davon bleiben 33,60 Mk. steuerfrei, also 3,40 Mk. steuerpflichtig; hiervon 10 Proz. = 0,34 Mk., abgerundet 0,30 Mk. Die 15 Proz. Ermäßigung von 0,34 Mk. beträgt 0,045 Mk. Dann sind 0,30 Mk. — 0,045 Mk. = 0,225 Mk., abgerundet 0,25 Mk. Dieser Betrag wird als Kleinbetrag nicht erhoben.

Die Ermäßigung der Lohnsteuer ist bei den kleinen Einkommen weit geringer als bei den mittleren und höheren. Sie beträgt zum Beispiel für einen ledigen Steuerpflichtigen bei einem monatlichen Arbeitslohn von 110 Mk. nur 15 Pf. monatlich, bei 150 Mk. 75 Pf., bei 200 Mk. 1,50 Mk. und von 250 Mk. ab 2.— Mk. Die Steuerleistung eines verheirateten Arbeitnehmers mit zwei Kindern wird gesenkt: bei einem Monatslohn von 1,50 Mk. um 15 Pf. monatlich, bei 175 Mk. um 55 Pf., bei 250 Mk. um 1,60 Mk. und bei 330 Mk. und mehr um 2 Mk. monatlich.

Eine solche Ermäßigung ist unsozial. Die Sentung der Lohnsteuer um 2 Mk. monatlich, die den mittleren und höheren Einkommen gewährt wird, entspricht einer Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrags von 100 auf 120 Mk. Diese Erhöhung haben die bürgerlichen Parteien den unteren Einkommen versagt, weil sie verhindern wollten, daß das steuerfreie Existenzminimum der Lohnentwicklung angepaßt wurde. Obgleich die Lohnsteigerungen, die in den letzten Monaten eingetreten sind und die im Laufe des nächsten Jahres noch bevorstehen, zum größten Teil nur eine Erhöhung des Nominallohns, aber nicht eine Erhöhung des Reallohns darstellen, ist die Freigrenze bei der Lohnsteuer nicht heraufgesetzt worden. Einen Ausgleich für die Verteuerung der Lebenshaltung haben nur die mittleren und höheren Einkommen erhalten; die unteren Einkommen, die am schwersten davon betroffen werden, dagegen nicht. Damit wird der Anfang mit der Besteuerung des Existenzminimums gemacht, die von den Unternehmern und den Rechtsparteien seit langem gefordert worden ist.

Die Verarmung der italienischen Arbeiterschaft.

Ver minderung der Löhne und des Verbrauchs. Im vergangenen Juni ist in Italien ein allgemeiner Lohn- und Gehaltsabbau erfolgt, ein weiterer im Ausmaße von 10 bis 25 Proz. ergänzte ihn im Oktober. Um den Einstuß dieser Lohnkürzungen auf die Lebenshaltung der Arbeiter und Angestellten zu verstehen, muß man die Tatsache berücksichtigen, daß die Löhne und Gehälter in Italien im Vergleich zu anderen Ländern schon die niedrigsten waren, und daß die Aufwertung der Lira dem englischen Pfund und dem Gold gegenüber beträchtlicher war als die der Engrospreise und insbesondere der Einzelhandelspreise. Die Indizes für die Lebenshaltung in den drei größten italienischen Städten, deren statistische Höhe im August d. J. veröffentlicht wurde als das englische Pfund auf 89,33 stand, haben ungefähr den

Wirtschaft und Kultur.

Wir tragen die Zeit.

Jedesmal, wenn 365 Tage zu Ende sind, beginnt bekanntlich ein neues Jahr. So ist unsere Einteilung der Zeit. Wir messen sie und haben als Maße das Jahr, den Tag und die Stunde. Dennoch ist diese Einteilung kein wahrer Maßstab für Zeitbewegung. Seit den revolutionären Entdeckungen von Einstein wissen wir ja, daß Raum und Zeit nur relative Begriffe sind und was für die Zeiten und Räume des Unendlichen gilt, das gilt auch für unser alltägliches Leben.

Auch in unserem Menschenleben ist Zeit ein relativer Begriff. Er hängt ab von uns, von den Verhältnissen des Lebens, von dem Inhalt der Zeit. Wir erleben es ja täglich, wie uns Stunden oft wer weiß wie verfliegen, während andere dahinfließen, als wollten sie gar nicht vergehen. Genau so sprechen die einen am Jahreswechsel, daß nun schon wieder ein Jahr zu Ende gegangen und wie schnell es doch verflohen sei, während die anderen, die in Trauer, in Krankheit, in ewiger Arbeitslosigkeit und ähnlichem Mißgeschick lebten, aussprechen, daß das alte Jahr endlich zu Ende sei.

Und das gleiche gilt für unser Leben im großen, für das Leben des Volkes. Wie schlichen zu manche Jahrzehnte dahin, und wie überstürzt sich die Zeit heute! Welch ein Stück Weltgeschichte, welch ein Stück sozialer Geschichte enthalten die letzten zehn Jahre! In ihnen geschah mehr als vorher in vielen Jahrzehnten zusammen. Und sie schießt wie vom Sturm getrieben noch immer durch diese Krise hin. Nur werden wir uns oft dessen nicht bewußt, weil wir selber ganz ergreifen sind von diesem Jaagen der Zeit, und wenn so vielen manches nicht schnell genug geht, so ist das der Einfluß dieses heutigen Tempos der Zeit, das oft den

Sinn für das Reifen und den Blick für organisches Wachstum trübte.

So franken so viele Rörgler der sozialen Entwicklung an dem kapitalistischen Begriffe der Zeit, weil sie von außen her künstlich zwingen und erpressen wollen, was von innen her aus dem Menschen organisch wachsen muß.

Das soll nicht heißen: nun schlafen und träumen und warten, nein, daß heißt herrliche, lebendige Ausfüllung der Zeit. Das heißt Wirken und Schaffen im Dienste des gewerkschaftlichen Gedankens und ringen und streben zu dieser allgemeinen sozialen Aufklärung des ganzen schaffenden Volkes, die so stark und umfassend wird, daß durch sie dann mit dieser Voraussetzung einmal vielleicht an einem Tage geschieht, was sonst Jahrzehnte erfordert.

Von uns hängt die Zeit ab. Wir können sie formen, wir können sie lassen, so gewaltig, so historisch, daß wir, wenn uns der Abend des Lebens sich neigt, ein Jahrhundert erfüllt haben.

Ein Jahr vergehen? Wir wollen anders rechnen: von Tat zu Tat, von Erfolg zu Erfolg. Und auch einmal durch zä h dahinzuhende schwere Zeit der Treue und des Opfers vorwärts zu einem neuen Höhepunkte des Sieges.

Der Verband.

Wer kann die Organisationen ändern, die da in den letzten Jahrzehnten gegründet worden sind. Die lächerlichsten und merkwürdigsten Gebilde sind entstanden, und nicht gerade erbautlich muß es sein, sich einem Vereinchen anzugehören.

Es ist der ganze Zerlegungsprozeß unserer Zeit, der da auch im organisatorischen Leben zum Ausdruck kommt. Es ist aber vielleicht auch die Reaktion gegen den Jahrhundert hindurch waltenden Individualismus, der da heute mit den Tausenden von Vereinen und Klubs ins andere Extrem

gerät. Jedenfalls gibt unserer Zeit das organisatorische Leben die Signatur, und es ist im Interesse des großen Sinns des organisatorischen Gedankens, daß sich jeder, den es angeht, einmal befinnt und sich organisatorisch konzentriert.

Zum Verbands gehört eine Aufgabe, eine innigere Verbindung. Eine Größe des Ziels ist nötig. Eine Würde der Mitgliedschaft muß sein. Der Verband muß ein Stück der Zeit bedeuten. Er muß den einzelnen verbinden mit dem großen Sinn, den das Ganze zu erfüllen hat. Im Verband muß ein starker sozialer Wille sprechen, der mahnt und warnt und im Sinne des Lebens der Zeit zwingt. Er muß der Ausdruck sein des großen Erwachens. Er muß in sich tragen den warmen Herzschlag der Zeit und den Schein des neuen Morgenrots bedeuten.

Die Kraft in Vereinen und Klubs zu verzettern, heißt, sie vertieren. Da, wo die Masse schreiet, da schreiet die Zeit. Da schreien wir mit. Da wachsen wir über die Zahl hinaus zur Mitgliedschaft, zu einem lebendigen Gliede im stetigen Schreiten eines neuen sozialen Jahrhunderts.

Wissenschaftliche Reaktion.

Der brutale Kampf der Schwerindustrie gegen das soziale Recht ist das Seitenstück zur politischen Reaktion. Von allen Seiten her sucht man die soziale Republik zu erledigen, und da ist die wissenschaftliche Reaktion, die sich heute bemerkbar macht, nichts zufälliges und belangloses, sondern ein Stück dieses antisozialen Versuches unserer Tage, das unsere volle Aufmerksamkeit verdient.

In der wissenschaftlichen Literatur und in der wissenschaftlichen Presse kommt dieses antisoziale Streben immer stärker zum Ausdruck. Der Mut wächst drüber immer mehr und immer mehr die Gefahr, Abbau der sozialen Fürsorge ist

